

Zerrieben zwischen den Konfliktparteien

Rechte der Adivasi-Frauen bedroht

Elina Horo

Die indigenen Völker und Gruppen in Indien bleiben weiter unter Druck. Sie werden vertrieben und verfolgt. Jeglicher Widerstand wird von der Regierung als anti-national eingestuft. Gesetze zum Schutz der Adivasi und ihrer Landrechte werden geändert. Insbesondere sind es die Frauen, die leiden. Auch innerhalb der indigenen Gemeinschaften.

„Indigene Völker und Menschen sind frei und allen anderen Völkern und Menschen gleichgestellt und haben das Recht, bei der Ausübung ihrer Rechte keinerlei Diskriminierung ausgesetzt zu sein, insbesondere nicht auf Grund ihrer indigenen Herkunft oder Identität.“

(Artikel 2 der Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker; verabschiedet 2007)

Wenn Adivasi ihr Recht auf Wald und Land verteidigen, werden sie diskriminiert, mit Vorurteilen konfrontiert und erfahren Gewalt; in der einen oder anderen Form. Die Privatwirtschaft sowie Menschen aus höheren Kasten oder Schichten, betrachten Adivasi, vor allem Adivasi-Frauen als Ware. Deshalb wird mit den Frauen gehandelt, sie erleben andere Grausamkeiten oder werden getötet; zum Beispiel im Namen der Hexenjagd. Adivasi leiden unter Vertreibung, Enteignung, falschen Anschuldigungen und der Inhaftierung unter dem Vorwand, Extremisten zu sein. Es sind vor allem die Frauen, die die schlimmsten Auswirkungen dieser Geschehnisse erfahren.

Konzeptionell verfolgen Adivasi den Anspruch, in Harmonie sowie in einer symbiotischen Beziehung zu *Jal*, *Jangal* und *Jamin* (Wasser, Wald und Land) zu leben. Für die Adivasi ist

Land unveräußerlich; es gehört zur Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Ebenso gehört zu diesem Konzept, dass Adivasi untereinander kooperieren und in Kollektiven leben, mit gemeinschaftlichem Besitz an Land und anderen Ressourcen sowie einer nachhaltigen Nutzung der Ressourcen.

Das ist genau das Gegenteil des kapitalistischen Verständnisses von Wettbewerb mit Individualismus, privatem Besitz, Konsumorientierung und einem zerstörerischen Gebrauch der Ressourcen. Kein Wunder, dass die Rechte der Adivasi, speziell der Adivasi-Frauen, nicht verstanden und nicht respektiert werden. Stattdessen erleiden Adivasi Diskriminierung und Ausbeutung, werden ihrer Rechte und des Zugangs zu natürlichen Ressourcen beraubt, verarmen und landen teils im Gefängnis.

Advocacy und Dialog mit der Politik

Es gibt viele NRO sowie Organisationen, die auf der ethnischen Zugehörigkeit basieren, die sich für die Adivasi engagieren. Eine von ihnen ist das *Adivasi Women's Network* (AWN; Frauen-Netzwerk der Adivasi) mit Sitz in Jharkhand; ein offenes Netzwerk gemeinschaftsbasierter Organisationen.

Vor allem unter den Adivasi-Frauen betreibt AWN Bewusstseinsbildung über die Rechte der Adivasi auf zwischenstaatlicher Ebene in Zentralindien. Da die Rechte der Adivasi-



Eine Angehörige der Paroja aus dem Dorf Buruja, in der Nähe von Lakshampur im Südwesten von Odisha

Bild: Carol Adam

Frauen untrennbar mit den Rechten indigener Völker sowie Frauenrechten verbunden sind, agiert AWN zu verschiedenen Themen, um diese miteinander verwobenen Rechte abbilden zu können. Etwa dadurch, dass Instrumente des internationalen Rechts wie die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte indigener Völker (UNDRIP) sowie die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) in verschiedenen Aktivitäten angewendet werden; zum Beispiel zwecks Mobilisierung der Gemeinschaft, in Seminaren und Workshops in den Gemeinschaften, zwecks Dialog in den Gemeinschaften sowie durch Stärkung der Fähigkeiten der Führungspersonen in den Gemeinschaften im Bereich *Advocacy* und Lobbyarbeit. AWN folgt der Methodik von *Advocacy* und Dialog mit lokalen Regierungen wie auch auf der Ebene der Bundesstaaten und der Nation.

Störmanöver gegen Engagement

In den vergangenen Jahren haben wir erlebt, dass jene, die für die

Rechte der Adivasi und ihre Selbstermächtigung arbeiten, ins Visier genommen wurden. Auf Grundlage irgendwelcher Beschuldigungen können sie verhaftet und die Organisationen aufgelöst werden. Ein Untersuchungsbericht zeigt,¹ dass 97 Prozent von 102 Studienteilnehmern, die beschuldigt waren, Maoisten oder Helfer der Maoisten zu sein, bekräftigten, dass die Anschuldigungen falsch seien, und dass ihre Verhaftung sowie die Haftstrafen auf falschen Informationen beruhten. Das heißt, auf der Grundlage falscher Informationen oder vorgetäuschter Fälle werden versteckte Interessen durchgesetzt. Es beunruhigt, dass in einem demokratischen Land Organisationen wegen ihrer sozialen Arbeit verboten oder kriminalisiert werden und als anti-national gelten.

Obwohl Indiens Verfassung und Rechtsprechung Rechte und gesetzlichen Schutz gewähren, zeigen sich Regierung und Verwaltung außerstande, die Menschenrechte umzusetzen. Stattdessen wird das ganze System durch eine patriarchale Ideologie beherrscht, die gegenüber den Ge-

meinschaften keinerlei Gespür für Gender-Fragen aufweist. Organisationen, die sich für die Völker und deren demokratische Rechte einsetzen, erachtet die Regierung als Gefahr. Dabei stellen sie lediglich Fragen nach Rechenschaft und Verantwortung der Regierung.

Bewaffneter Widerstand in Zentralindien

Dieses Vorgehen der Regierung beinhaltet massive Verletzungen indigener Rechte. Manche der notleidenden Adivasi-Gemeinschaften wissen sich nicht anders zu helfen und gehen irgendwann den Weg des bewaffneten Widerstands und schließen sich Gruppen an, die die Regierung als extremistisch einstuft: PLFI (*Peoples Liberation Front of India*), MCCI (*Maoist Communist Centre India*) oder CPI-ML (*Communist Party of India-Marxist Lenin*). Das Buch *Mission Saranda* aus dem Jahr 2015 von Gladson Dungle zeigt das sehr anschaulich (siehe Buchrezension Heft 2/2016). Die Regierung versucht mit allen Mitteln, diese Gruppen durch militärische Operationen zu zerstören. Die Operationen tragen Namen wie *Operation Green Hunt*, *Operation Black Thunder*, *Operation Monsoon*, *Operation Bravo Boy* und *Operation Anaconda*. Es liegt nahe, dass der Großteil der Folgen die Zivilgesellschaft trifft.

Die Wirkungsmöglichkeiten für Sozialarbeit werden durch Staat, nicht-staatliche Akteure sowie die sogenannten extremistischen Gruppen eingeschränkt. Die Adivasi werden dazwischen aufgerieben. Alle bringen gleichermaßen Nachteile mit sich, schaffen Bedrohungsszenari-



Ankunft am Kunduli-Markt, der wöchentlich stattfindet und als Treffpunkt für die Angehörigen der Stammesgesellschaften im Südwesten von Odisha dient.

Bild: Carol Adam

en und verletzen indigene Rechte. Es ist gefährlich, Adivasi-Gemeinschaften stärken zu wollen. Vor allem für jene, die die Kompetenzen der Gemeinschaften erweitern wollen und einen menschenrechtsbasierten Ansatz verfolgen. Frauen, die dem AWN angehören, werden von den Untergrundgruppen bedroht. Warum? Sie schaffen Bewusstsein, mobilisieren die Gemeinschaften gegen Gewalt an Adivasi-Frauen und versuchen, Frauen gegen Menschenhandel zu schützen. In der Region existiert ein Netzwerk, das den Handel mit Adivasi-Frauen beherrscht, in das viele mächtige Personen eingebunden sind; auch politische Führungspersonen. Derart unter Druck gesetzt, versagen sogar traditionelle Dorfälteste (*Mukhiyas*) und gewählte Dorfräte (*Panchaya*) den Frauen ihre Unterstützung.

Bewusstsein zu bilden wird von der Regierung als anti-national und Verweigern von Entwicklung interpretiert. Dabei richtet die Regierung die Entwicklung der Adivasi zumeist am Konzept der Wohlfahrt aus und bildet keine eigenen Kompetenzen der Gemeinschaften aus. Folgerichtig kürzt die Regierung Gelder für NRO, die sich der Kompetenzentwicklung der Adivasi und Dalits verschrieben haben. Stattdessen lädt die Regierung Unternehmen aus der ganzen Welt ein, um in ihre Art der Entwicklung zu investieren; gerade auch bei den von der Verfassung mit besonderen Schutzrechten ausgestatteten Adivasi (*Scheduled Tribes*) und Dalits (*Scheduled Castes*). Die Existenz der Adivasi – ihr soziales, kulturelles, wirtschaftliches und politisches Leben sowie ihre Beziehung zu Land, Wald und natürlichen Ressourcen – bleiben gegenüber den unternehmerischen Konzepten, die allein auf Profite abzielen, schutzlos.

Gesetze zum Schutz der Adivasi werden aufgeweicht

Alle Gesetze zum Schutz der Rechte von Stammesgesellschaften werden

geändert oder sind von Änderung bedroht; etwa das Gesetz zur Einrichtung gewählter Dorfräte (*Panchayats*) in den registrierten (*scheduled*) Gebieten (PESA), die Gesetzgebung zum Waldrecht (*Forest Rights Act*), oder die weitgehenden Landrechte auf dem *Chota Nagpur*-Plateau (*Chota Nagpur Tenancy Act*) sowie der *Santhals* (*Santhal Pargana Tenancy Act*; SPT). Die beiden letzteren sollen den Landbesitz der Adivasi speziell schützen. Stattdessen werden neue Gesetze und Möglichkeiten geschaffen, wie mittels CAMPA (*Compensatory Afforestation Fund Management and Planning Authority*), um Land für die Industrialisierung zu rauben.

Die so betriebene Entwicklung mündet in zahllosen Gewaltakten gegen Adivasi-Frauen. Dazu gehören Vertreibung, erzwungene Migration oder Menschenhandel, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Im Gewand der Hexenjagd werden Frauen gedemütigt oder brutal ermordet. Das macht das Leben der Adivasi-Frauen unsicher und begrenzt ihren Handlungsspielraum sogar innerhalb der Gemeinschaften.

Die Regierung verhält sich den Adivasi-Völkern gegenüber nicht fair – auch nicht auf internationaler Ebene. Indien hat einige internationale Abkommen nicht unterzeichnet, wie zum Beispiel die Konvention 169 der ILO (*International Labour Organization*), die indigenen Völkern eigene Rechte zuspricht. Hingegen hat Indien die ILO-Konvention 107 ratifiziert, die dem Staat das Recht einräumt, indigene Völker zu assimilieren. Indien hat auch CEDAW ratifiziert, aber nicht angemessen umgesetzt.

Menschenrechte und Gerechtigkeit der Geschlechter

Adivasi-Frauen können ihre Menschenrechte nicht in vollem Umfang in Anspruch nehmen, wenn die kollektiven Rechte ihrer Völker verletzt werden. Staatliche sowie nicht-staat-

liche Akteure müssten frei von Diskriminierung und Gewalt vorgehen. Damit eine solche politische Strategie auf Graswurzel-Ebene umgesetzt wird und qualitativen Kriterien folgt, brauchen wir Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich einbringen, einschließlich der internationalen Unterstützung.

Der öffentliche Raum, den Adivasi-Frauen beanspruchen, steht ihnen rechtmäßig zu, und er muss so ausgestaltet sein, dass er mit den Vorgaben durch Menschenrechte sowie der Gerechtigkeit der Geschlechter übereinstimmt. Dieser Raum muss gegenüber Diskursen verteidigt werden, die der Kommerzialisierung des Adivasi-Erbes das Wort reden und ihr Überleben permanent bedrohen; auf nationaler wie auf internationaler Ebene.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Sonja Ernst*

Zur Autorin



Elina Horo ist Gründerin und Vorsitzende von AWN (*Adivasi Women's Network*). Sie koordiniert zurzeit verschiedene Programme zur Kompetenzbildung von

Adivasi-Frauen im Bundesstaat Jharkhand, engagiert sich in der *Advocacy*-Arbeit und betreibt Lobby-Arbeit für die Rechte der Adivasi und indigenen Frauen in Zentralindien.

Endnote

¹ *Deprived of rights over natural resources, impoverished Adivasi get prison- a study of undertrials in Jharkhand*, Bagaicha Research Team, ATC Campus, Namkum, Jharkhand, India Catholic Press Ranchi, (2016); s. auch die Beiträge von Gladson Dungdung und Ruby Hembrom.